

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1913

173 (28.7.1913)

Volkstfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Ausgabe täglich mit Ausnahme Sonntags u. der gesetzl. Feiertage. Abonnementpreis: Zugestellt monatl. 75 P., vierteljährl. 2,25 M.; abgeholt monatl. 85 P.; am Postkassier 2,10 M., durch den Briefträger 2,52 M. vierteljährlich.

Geschäftsstunden: 7 bis abends 17 Uhr. Postfachkonto Nr. 2650. Telefon: Nr. 128, für Redaktion Nr. 481.

Zusatz: Die 6spaltige, 11. Zeile, ober deren Raum 20 S. Lokalinsertate billiger. Schluß d. Inseratenannahme 1/2 Uhr vorm., für größere Inserate am Nachmittage zuvor. Druck u. Verlag: Buchdruckerei Gerd & Cie., Karlsruhe.

Der Weg zur Vernunft.

Karlsruhe, 28. Juli.

Die bürgerliche, vorab die sogenannte „nationale“ Presse kann sich nicht genug tun in Spott und Entrüstung über die „antinationale“ Haltung der Sozialdemokratie in der Frage der militärischen Rüstungen. Das sinnlose militärische Wettrennen wird immer wieder mit der eigenartigen Situation Deutschlands begründet, das bei einem künftigen Kriege nach zwei Fronten den Kampf zu führen habe und deshalb alle Kräfte aufbieten müsse, um diesen Kampf nach zwei Fronten mit Aussicht auf Erfolg führen zu können. Ganz abgesehen davon, daß es mehr als fraglich ist, ob ein solcher Krieg überhaupt noch praktisch möglich ist, ohne die schrecklichsten wirtschaftlichen und damit auch politischen Katastrophen heraufzubeschwören — eine Frage, die heute auch bei den Befürwortern des Militarismus ernsthafte Bedenken erregt — kommt es bei der Beurteilung dieser Dinge doch vor allem darauf an, ob nicht ein Weg gefunden werden kann, der nicht nur dem Wettrennen selbst ein Ende macht, sondern auch die Abrüstung durch gegenseitige Verständigung ermöglicht. Nicht nur in den Kreisen der Anhänger des Militarismus, auch in unsern Kreisen gibt es Leute, welche, wenn auch von anderen Gesichtspunkten aus, diese Möglichkeit bestreiten. Man hält die militärische Wettrennerei für die notwendige Folge des Imperialismus. Diese Auffassung können wir nicht teilen, wir glauben vielmehr, daß der Militarismus überwunden werden kann, denn sonst hätte ja die Forderung unseres Programms: „Volkswehr an Stelle des stehenden Heeres“ keinerlei praktischen Wert. Man kann doch vernünftigerweise keine Forderung an den Gegenwartsstaat stellen, von deren Undurchführbarkeit man überzeugt ist.

Das Wettrennen der europäischen Großstaaten ist keine, zum mindesten keine ausschließliche Folge der imperialistischen Politik, denn lange vor der Ära des Imperialismus hat die Wettrennerei stattgefunden. Ihr Anfang führt auf die durch den deutsch-französischen im Jahre 1870/71 geschaffene europäische Situation zurück. Wenn es möglich wäre, zwischen Frankreich, England und Deutschland eine Verständigung herbeizuführen, dann wäre dadurch die Möglichkeit, den Gedanken der Abrüstung praktisch durchzuführen, gegeben, denn auch nach der Abrüstung wären diese drei Großstaaten noch stark genug, den europäischen Frieden zu garantieren.

Das Verhältnis zwischen Deutschland und England hat sich ja erheblich gebessert; von der nicht zu vermeidenden Auseinandersetzung mit England ist es ganz stille geworden. Gewiß wird es noch viel Mühe kosten, um die ebenso wünschenswerten als notwendige Verständigung mit England zu erreichen, unmöglich ist sie aber nicht. Hätten wir in Deutschland ein parlamentarisches Regierungssystem und wäre infolgedessen der politische Einfluß der Sozialdemokratie größer als er es jetzt ist, dann wären die Versuche, mit England eine Verständigung herbeizuführen, zweifellos schon viel weiter gediehen, damit aber zugleich auch die Möglichkeit einer Verständigung mit Frankreich. Gewiß darf man die starke Chauvinistische Strömung in Frankreich nicht unterschätzen, allein ebensowenig sollte man sie überschätzen. Praktisch hat der französische Chauvinismus, auch wenn er — wie durch die letzte deutsche Militärvorlage — künstlich gefördert wird — nicht entfernt die Bedeutung, die ihm von den deutschen Chauvinisten beigelegt wird. Im Grunde kann Frankreich nicht daran denken, wegen der elsass-lothringischen Frage einen Konflikt mit Deutschland herbeizuführen, zum mindesten wird dies die Republik Frankreich nicht tun.

Diese Tatsache wird in einem hohen erhellenden Buche unseres französischen Genossen, des Abg. Sembat, näher beleuchtet. Das Buch trägt den Titel: „Macht euch einen Krieg oder treibt Friedenspolitik.“ In schlagender Weise deckt Sembat den inneren Widerspruch in der Politik der heute maßgebenden Staatsmänner der französischen Republik auf. Er fordert, daß man sich zunächst klar darüber werde, wie man zur Frage der Revanche und der Wiedereroberung Elsass-Lothringens steht, und daß man entsprechend dieser Stellung die Konsequenzen ziehe. Entweder wolle man, früher oder später, den Krieg mit Deutschland zur Wiedereroberung der verlorenen Provinzen — dann habe es keinen Sinn, eine nationalitische und militaristische Republik darzustellen, die unter die Militärmonarchien Europas doch nicht recht passe. Dann solle man so konsequent sein, wieder einen König einzusetzen, der für das diplomatische Intrigenspiel und die kriegerische Bündnispolitik doch viel geeigneter sei. Oder aber wolle man wirklich die Republik, eine Demokratie nicht nur zum Schein — dann müsse man eine ernsthafte Friedenspolitik treiben, an Stelle des bewaffneten Friedens, der nichts anderes sei als ein verheerender Krieg, ein Krieg mit Goldstücken, ein aufwichtiges Einbernehmen mit dem Deutschen Reich.

Sembat sieht natürlich auch, daß das eine Verständigung über Elsass-Lothringen zur Voraussetzung hat. Aber im Gegensatz zu Sembat, der immer noch an eine friedliche Herausgabe der Reichslande, etwa

gegen Abtretung französischer Kolonien träumt, sieht er wohl ein, daß an eine friedliche Herausgabe der 1871 eroberten Gebiete nicht zu denken ist. Er stellt sich daher nüchtern auf den Boden der Wirklichkeit. Anknüpfend an die im letzten Jahre zahlreich geäußerten Wünsche der Elsass-Lothringer selbst, die selbst in ihren französischfreundlichen Kreisen vor allem den Krieg fürchten und verabscheuen und sich mit ihrer Zugehörigkeit zum Deutschen Reich abgefunden haben, sieht er die einzige in Frage kommende friedliche Lösung in einer Autonomie Elsass-Lothringens im Rahmen des Deutschen Reiches, also im aufrichtigen Verzicht Frankreichs auf Wiedereroberung. Sicher wird diese mutige Lösung einer Frage, an der für die Franzosen soviel nicht allein von nationaler Eitelkeit, sondern auch von ernsten und tiefen nationalen Empfindungen hängt, bei den Nationalisten, die schon Jaures zum „Preußen“ gestempelt haben, helle Empörung wecken und wieder den Ruf von den „vaterlandslosen Sozialdemokraten“ ausbleiben lassen. Aber die klare Logik spricht zu deutlich für Sembats Gedanken. Und man darf erwarten, daß, wenn die jetzigen, von Strebern und Geschäftspatrioten wie Millerand und Etienne planmäßig großgezogene chauvinistische Welle abgeklaut ist, die Stimme der Vernunft wieder Oberhand gewinnen wird. Das wird umso eher geschehen, je weniger durch ungeheuerliche Rüstungen, durch Chikanierung der reichsländischen Bevölkerung und durch die bössartige Hege unserer deutschen Chauvinistenpresse die Geschäfte der französischen Kriegsheer besorgt werden. In beiden Ländern sind es die Sozialdemokraten, die unbekümmert um das Gezeifer bezahlter oder fanatischer Völkerverbeher, die gemeinsame Kulturarbeit der Veröhnung leisten und durch Betonung der gemeinsamen Friedensinteressen der künftigen völligen Völkerverständigung den Boden bereiten. Und ebenso besorgen in beiden Ländern, trotz der scheinbar unvereinbaren Gegensätze der Nationen, die nationalitischen Reaktionen — genau das gleiche Geschäft: durch Verhetzung der nationalen Instinkte die Massen von der Wahrung ihrer wahren sozialen und politischen Interessen ablenken und zugleich die Geschäfte bestimmter, an Krieg und Kriegstreiberei interessierter Spekulanten- und Streberfliquen zu besorgen. Je mehr die Völker zum Selbstbewußtsein, zum eigenen Willen und zur Erkenntnis der Gemeinamkeit ihrer Interessen im Gegensatz zu denen ihrer Herren und Ausbeuter im eigenen Lande erwachen, umso weniger Ausfichten hat dieses, heute freilich noch höchst gemeingefährliche Treiben. Echte Demokratie und Chauvinismus sind unvereinbar.

Es ist immerhin bezeichnend, daß ein so angesehenes bürgerliches Blatt, wie die „Straßburger Post“ dem Sembatschen Buche eine ausführliche Besprechung widmet und bemerkt, daß es sich hier nicht um sozialdemokratische Utopien handle. Auch in Deutschland mehrten sich die bürgerlichen Stimmen, welche eine Verständigung nicht nur zwischen Deutschland und Frankreich, sondern zwischen den europäischen Staaten für möglich halten.

Die „Straßburger Post“ verweist auf einen Artikel, den der preußische Regierungsrat Prof. Dr. Reinke, Mitglied des preußischen Herrenhauses, in ihren Spalten publiziert hat, in welchem er ein durch staatsrechtliche Bande gefestigtes europäisches Konzert für denkbar und für erstrebenswert hält und schlägt:

„Ich glaube sogar, daß solche Staatenverbindungen das Ideal, das letzte Ziel aller europäischen Staatskunst sein sollten, damit wir uns in der Weltkonkurrenz behaupten können.“

Und die „Straßburger Post“ fügt dem ihrerseits folgende Bemerkungen hinzu:

„Auf dem Wege zu dem europäischen Konzert oder zu den Vereinigten Staaten von Europa“ (der Name tut wenig zur Sache) ist die deutsch-französische Annäherung die wichtigste Teilstrategie. Wir, die wir auf beiden Seiten die Bestrebungen in dieser Hinsicht verfolgen können, die wir den ehrlichen guten Willen mit dem bösen, mit den kleinlichen, meist persönlichen Interessen kämpfen sehen, haben bei all dem oft recht unangenehme Zwischenfälle des Alltagslebens der Völker noch nie an dem Siege des guten Gedankens gezweifelt. Die unerbittliche Logik ist stärker als alle Kräfte. Jeder gute Elsfässer, der sein altes und sein neues Vaterland liebt, jeder Staatsbürger überhaupt, der sich auch als europäischer Bürger zu fühlen hat, erfüllt eine hohe Pflicht, wenn er an der Befestigung der Streitigkeiten zwischen den Nationen Europas, an dem Fortschritte der friedlichen europäischen Kultur mitarbeitet.“

Das ist sehr schön gesagt, aber wer das Ziel will, muß auch die Voraussetzungen dafür wollen, d. h. der muß gegen den militaristischen Wahnsinn kämpfen. Durch nichts wird die so notwendige Verständigung mit Frankreich so erschwert, als durch die fortgesetzten deutschen Rüstungen. Mein auch in dieser wie in allen anderen Fragen der Politik wird sich die Kraft der unerbittlichen Logik stärker erweisen, als alle Theorie und alle Kräfte. Die Idee des europäischen

Staatenbundes, wenigstens soweit die westeuropäischen Staaten in Betracht kommen, ist kein leeres Phantom. In dem Maße, wie die Demokratie sich durchringt, wird auch die Idee der Völkerverbrüderung praktische Bedeutung erhalten. Viel hängt dabei von der politischen Haltung der Sozialdemokratie ab. Das größte Hindernis für eine großzügige Friedenspolitik mit dem Ziele der Verständigung unter den westeuropäischen Staaten bildet das reaktionär regierte Deutschland mit seinem halbabsolutistischen, clerikalkonservativen Regiment. Dieses zu überwinden, ist die erste Voraussetzung für eine internationale Verständigungspolitik. In diesem Kampfe aber fällt der deutschen Sozialdemokratie die größte und wichtigste Aufgabe zu. So lange deren politischer Einfluß im ungekehrten Verhältnis zu ihrer Macht und Größe steht, geht es weder in der inneren noch in der äußeren Politik vorwärts. Der Demokratisierungsprozeß macht weder vor dem Militarismus noch vor dem Imperialismus Halt. Die kapitalistische Gesellschaftsordnung muß nicht das bleiben, was sie heute ist. Alles fliehe! Aus dieser Tatsache muß die Sozialdemokratie die für ihre Politik sich ergebenden Schlüsse ziehen. Jendwann muß auch in Deutschland die Demokratie sich durchsetzen.

Vormarsch.

Ein glütiges Gesicht hat uns die Londoner Völkerverbrüderungskonferenz beschert. Sie sorgt dafür, daß in dieser ersten Zeit der Humor nicht vollständig vor die Hunde geht. Am Donnerstag hat sie zunächst über den italienischen Entwurf für das Statut beraten, durch das die Verhältnisse Albanien geregelt werden sollen und als dieser Punkt genügend diskutiert war — natürlich ohne daß man zu einem Ergebnis gekommen wäre, das die so ersprießlichen Zusammenkünfte der Diplomaten für die Zukunft überflüssig gemacht hätte — entschloß sich die Konferenz auch noch, dem Vorkommen der Türkei über die durch den Prätimtarfrieden festgelegten Grenzen hinaus einige Beachtung zu schenken. Alle Völkerverbrüderer, so heißt es in dem Bericht über die Sitzung, waren darüber einig, daß irgend ein Schritt getan werden müsse, um die Entscheidung der Mächte aufrecht zu erhalten; es wurde jedoch kein formeller Vorschlag gemacht, auf welchem Wege dies erreicht werden sollte. Die Meldung, daß die Türken auf Philippopol vorrückten, verursachte eine gewisse Verstärkung und offenbar, damit die Diplomaten sich von dieser Verstärkung wieder einigermaßen erheben können, wurde einstweilen kein Datum für eine neue Sitzung angesetzt.

Es muß etwas geschehen, aber man weiß nur nicht, was. Man muß Stellung nehmen, aber man ist sich nicht recht klar, darüber, auf welche Weise, mit welchen Mitteln und gegen wen. Das ist das Charakteristikum des europäischen Konzerts, dessen Notwendigkeit der russische Vertreter auf der Konferenz mit besonderem Nachdruck hervorgehoben haben soll — in demselben Augenblick, wo die russische Schwarzmeer-Flotte aus dem Hafen von Sewastopol mit unbekanntem Ziel auslief.

Und inzwischen marschieren die Türken wieder, fromm und stark weiter. Die Besetzung Adrianopels ist schon ein Witz von vorgestern. Sie dringen jetzt in Albanien ein und während sie ihr Ueberstreiten der durch den Londoner Vertrag gezogenen Grenzen mit dem Wunsch motivierten, eben diese Grenzlinie zu sichern, während sie ihren Vormarsch in Adrianopel mit dem Vermerken rechtfertigten, daß sie nur auf diese Weise die weiter südwärts gelegene Erganelinie sichern zu können glaubten, verteidigen sie ihren Einzug in Bulgarien mit der Erklärung, sie müßten im Interesse der beiderseitigen Sicherheit auf der durch Adrianopel verteidigten Maritimas-Grenze bestehen. Wenn die Halbmondflagge vor Sofia weht, werden sie die Unmöglichkeit der Wiedergewinnung Ostrumeliens als Grund angeben.

Es ist zwar noch immer hier und da von dem Behorsten einer internationalen Flottendemonstration die Rede, aber niemand glaubt ernstlich an ihr Zustandekommen, denn die Einigkeit der Mächte reicht eben nicht weiter als bis zu einer gemeinsamen Verstärkung und selbst wenn sie sich am Ende dazu aufschwingen könnten, einige Schiffe auf die Seebe von Konstantinopel zu senden, so würden sich die Türken dadurch auch noch nicht graulich machen lassen, denn eine Demonstration hat immer und unter allen Umständen nur Sinn und Bestand, wenn die Demonstrierenden von einem wirklich einheitlichen und festen Willen besetzt sind.

Gleichwohl kann die türkische Regierung nicht damit rechnen, daß sie straflos ihre gegenwärtige Politik einer Schaffung von vollendeten Tatsachen treibt. Nur daß die Rückschlüsse für sie zunächst auf einem anderen Gebiete erfolgen werden, als auf dem, daß sie sich jetzt zum Schauplatz ihrer Heldentaten erkoren hat. Alle Anzeichen sprechen dafür, daß die Drohungen sich zu verwirklichen beginnen, die der englische Premierminister in seiner Rede zu Birmingham an die türkische Adresse richtete. Die Großmächte haben die Zustimmung der hohen Porte zu dem Londoner Abkommen dadurch gewonnen, daß sie ihr die Sicherheit ihrer asiatischen Besitzungen garantierten.

uch & Co
gelbe
ener
ffeln
20 Pfg.
55 Pfg.
5 75
ues
kraut
0 Pfg.
ue
nder
eringe
Pfg.
ue 2402
arck-
inge
0 Pfg.
2.60
uch & Co
Theater
Brunwald
n 26. Juli,
1/2 Uhr, 241
Male:
chen“
27. Juli,
8 Uhr
chen“
28. Juli,
1/2 Uhr,
Male
allerina“
Streifen.)
miker
cht.
gerer Mecha-
macher) mög-
Dreher, der
von Ver-
Revolverbreh-
edienten von
wandert ist,
beide und gut-
ig nach Porz-
Offerten an
des Blattes
2343
pf=
fel
0 Pfg.
2265
Vogel
tt.

In dem Moment, wo sich die türkischen Heersäulen wieder in Bewegung setzten, wurde das Problem der asiatischen Türkei aufs neue angeschnitten und die Ausdehnungsgelüste der europäischen Großmächte aufs neue entfacht. Wenn Rußland jetzt seine Truppen an den Grenzen Armeniens mobilisiert und gleichzeitig seine Schwarzmeerflotte auslaufen läßt, so will es seinen Versicherungen nach damit einen Druck auf die Türken in Adrianopel ausüben. Aber die Türken in Adrianopel sind ihm ein sehr bequemer Vorwand für einen Einmarsch in die asiatische Türkei, in die türkischen Gebiete Armeniens. Es zieht nicht etwa aus, um dem Willen Europas Nachdruck zu verleihen, sondern es marschiert weil ihm die Gelegenheit günstig erscheint, alte Pläne zu verwirklichen. Das angebliche Mittel zum Zweck ist ihm Selbstzweck, und niemand bildet sich ein, daß Rußland kehrt machen werde, wenn sein Vorstoß wirklich die Türken zum Verzicht auf Adrianopel bestimmen sollte. Wo es sich einmal eingenistet hat ist es so leicht nicht wieder zu vertreiben.

Aber der zarische Imperialismus befindet sich in der angenehmen Lage, den Rächer des gekränkten Europas zu mimen, weil dieses Europa keinen einzigen Willen besitzt, weil vor allen Dingen auch der Dreibund sich durch die fatale Orientpolitik Oesterreich-Ungarns an einem energischen Auftreten gegenüber der Grenzüberschreitung der Türkei hindern läßt. Eben erst soll ja der deutsche Staatssekretär des Auswärtigen einem italienischen Journalisten erklärt haben, daß Deutschland sich an einer Flottendemonstration nicht beteiligen könnte. Zudem ist es nicht allein der russische Imperialismus, dem die Entwicklung der Dinge Freude bereitet. Auch die Ausdehnungspolitik in den andern Ländern glauben, daß ihr Weizen jetzt blüht, und sie haben zweifellos recht, denn wenn die Soldaten Nikolaus II. in Armenien einrücken, ist damit das Signal zu einem Eingreifen der andern Mächte an anderen Stellen der asiatischen Türkei gegeben. Sie haben dann mindestens einen Vorwand „Kompensationen“ zu fordern.

Bezeichnend für die Situation ist in dieser Beziehung ein Artikel, den der bekannte Vertreter des Gedankens einer aktiven Kleinasiatik Politik Deutschlands Dr. Paul Rohrbach jetzt veröffentlicht. Er findet gegen Rußlands Vordringen in Armenien im Grunde wenig einzuwenden. Er weist auf die Greuel hin, die an den unter türkischer Herrschaft stehenden Armenier durch die Kurden verübt werden, und meint abschließend, daß Rußland, das jetzt sozusagen als der Retter der Bedrängten auftritt, eigentlich kein Vorwurf treffen könne. Nun ist es sicher richtig, daß in dem türkischen Armenien entsetzliche Greuel geschehen sind, und daß die europäischen Mächte, die, um ihre lutativen Beziehungen nicht zu gefährden, die türkische Regierung nie zu einem energischen Einschreiten zwangen, damit die größte Schande auf sich geladen haben. Aber andererseits wird niemand im Ernst in Rußland den Träger einer Kulturmission erblicken, und wer jetzt Rußlands Vorgehen erklärt und begreiflich findet, und ihm womöglich noch edle Motive unterschiebt, der ist dringend verdächtig, der russischen Okkupation Armeniens nur deshalb nicht zu widerstreben, weil er glaubt, daß die Befriedigung Rußlands an der einen Stelle die Befriedigung Deutschlands an einer andern erleichtere. Ähnlich ist beispielsweise auch das Auftreten derjenigen französischen Blätter zu beurteilen die, wie die „Temps“, die Zwecklosigkeit einer Flottendemonstration mit merkwürdiger Geschäftlichkeit betonen, und Rußlands Vorgehen ganz in der Ordnung finden. Sie hoffen auf neue Ausbeutungsobjekte für französische Profimanager.

Das internationale Kapital wittert Morgenluft.

Deutsche Politik.

Im Sande verlaufen.

Die feinerzeit im Pariser „Matin“ veröffentlichten Ausnahmestimmungen der elsass-lothringischen Regierung, die auch im Landtag und im Reichstag zur Sprache kamen und zu einer Beurteilung der elsass-lothringischen Regierung führten, führten bekanntlich auch zu einem durch

den Staatsanwalt betriebenen Verfahren gegen „Unbekannt“, um die an der Publizierung schuldigen Beamten festzustellen. Es wurden von der Straßburger Staatsanwaltschaft wegen Zeugnisverweigerung der Berichterstatter der „Frankfurter Zeitung“ zu 30 Mk. und der Berichterstatter des Pariser „Matin“ ebenfalls zu 30 Mk. Geldstrafe verurteilt, außerdem mit der Zeugnisverweigerung bedroht. Da indessen alle nach dieser Richtung hin unternommenen Schritte ergebnislos blieben, ist das ganze Verfahren jetzt endgültig eingestellt worden.

Gegen die Schiekwut der Jugendlichen.

Der preussische Kultusminister hat einen Erlaß herausgegeben, in welchem er darauf hinweist, zu welchen Unzulänglichkeiten der Gebrauch von Schußwaffen durch die schulentlassene männliche Jugend bereits geführt hat. Er ermahnt die Jugendpflegerausschüsse, darauf hinzuwirken, daß dieserlei Treiben endlich Einhalt getan wird. Es ist natürlich nicht die proletarische Jugend, die durch Schiebereien Unfug anrichtet, sondern gerade der Teil der Jugend, der patriotisch erzogen werden soll. Gerade in letzter Zeit haben sich die Fälle gehäuft, wo durch die Schiebereien dieser patriotischen Jugend Unfälle herbeigeführt worden sind, und es muß in der Tat schon ziemlich arg getrieben worden sein, wenn der preussische Kultusminister da zugreifen mußte, einen besonderen Erlaß in der Sache herauszugeben. Wenn aber die patriotische Jugend nicht mehr mit Waffen hantieren darf, dann wird ihr die Freude an dem ganzen Gumbug recht wesentlich beeinträchtigt werden.

Die Achillesferse.

Die „Hilfe“ des Abg. Raumann spottet darüber, daß der Antrag der norwegischen Regierung, die Orden abzuschaffen, im Parlament nicht die nötige Zweidrittelmehrheit gefunden hat.

Das demokratische Norwegen hat die Zweidrittelmehrheit des Storting, die zur Abschaffung der Orden nötig gewesen wäre, nicht zustande gebracht. Der Antrag der radikalen Regierung erreichte nur 75 Stimmen. 47 Abgeordnete konnten sich nicht zum „Opfer der Eitelkeiten“ aufschwingen. In diesem Punkte war die demokratische Mehrheit, die vor kurzem das allgemeine Frauenwahlrecht beschlossen hat, immer noch sterblich.

Ob in diesem Fall die deutschen Freisinnigen — auch sie nennen sich ja gern Demokraten — Grund haben, an den Norwegern Kritik zu üben, erscheint uns einigermaßen zweifelhaft. Die Wloforden können doch bei ihnen noch nicht ganz in Vergessenheit geraten sein.

* **Anerkennung deutscher Besuch.** In Norwegen ist offiziell bekannt gemacht worden, daß es 26 deutschen Kriegsschiffen sowie zwei deutschen Schulschiff-Flottilien zwischen dem 26. Juli und dem 4. August gestattet ist, verschiedene Häfen der Westküste Norwegens anzulassen. Die Presse der in Frage kommenden Bezirke äußerte sich über diesen Besuch durchaus nicht erfreut. Es scheint, daß man sich dort oben durch die regelmäßigen Notterrenen zur Zeit des Kaiserbesuches allmählich bedrückt fühlt. — Schon im Vorjahre hat sich ein Teil der norwegischen Presse gegen die deutschen Flottenübungen in den Gewässern Norwegens ausgesprochen.

Ausland.

Belgien.

Eine Tagung sozialistischer Lehrer. Am 20. Juli tagte im Drüffeler Volkshaus die Zentrale des sozialistischen Lehrerverbände. Gen. Abg. Demblon war amwesend. Die Herausgabe eines Fachorgans wurde beschlossen. Es wird vom Oktober an in Drüffel erscheinen. — Gen. de Brocquere hielt einen Vortrag über die soziale Stellung der Lehrer. Er zeigte, daß der Lehrer als Lohnarbeiter die gleichen Interessen wie das übrige Proletariat habe und legte statistisch dar, daß die protestantischen Länder: England, Holland und Deutschland in der Bezahlung der Lehrer an der Spitze, Frankreich und Belgien aber am Ende stehen. Viele belgische Lehrer seien schlechter bezahlt als gelernte Handarbeiter und erreichten erst nach 5—10 Jahren ein erträgliches Einkommen. Neben der Wahrung ihrer Berufsinteressen haben sie aber eine bedeutende ideale Aufgabe. Der Lehrer lernt das Glend kennen. Er er-

fährt, daß die Unterrichtsfrage vor allem eine soziale Frage ist, die durch die übliche Bohlitätigkeit nicht gelöst werden kann. Um die Unwissenheit zu beseitigen, gilt es, das Glend zu überwinden. Das ist, zusammen mit der des übrigen Proletariats, die Aufgabe des Lehrers.

Nach einem Berichte des Sekretärs über die Neutralität der Schule wurden folgende Säße beschlossen: 1. Der neutrale Unterricht nimmt keine Stellung zu umstrittenen, noch nicht wissenschaftlich gelösten Fragen, fest sie jedoch klar und unparteiisch auseinandersetzen. 2. Das Kind ist der einzige Zweck der Schule. 3. Die Achtung vor der körperlichen, geistigen und sittlichen Persönlichkeit des Kindes ist die Grundlage des gesamten Unterrichtssystems. 4. Die wissenschaftliche Unterweisung soll Urteil und kritischen Sinn des Kindes entwickeln unter Respektierung der politischen und Weltanschauungsauffassungen aller. 5. Der Unterricht in wirtschaftlichen, politischen und Weltanschauungsfragen verzichtet die Persönlichkeit des Kindes, sofern er nicht das unparteiische und wissenschaftliche Ergebnis der derzeitigen Wissenschaft ist.

Nach dem vom Präsidenten erstatteten Bericht der Schulkommission über die neue Heriale Schulvorlage wurde folgende Resolution angenommen: „Der Kongress lehnt die Aufmerksamkeit der Arbeiterklasse auf das neue Atentat der Regierung auf die öffentliche Schule, die einzige Unterrichtsstätte, die eine Garantie für die Achtung der Persönlichkeit des Kindes gibt. Sie macht das Lehrpersonal aufmerksam auf die Bestrebungen der Reaktion, das Bewußtsein des Volkserziehers zu kaufen, um seine Mitwirkung bei der Merkmalisierung der Jugend des Landes zu gewinnen. Sie beschließt, keine Anstrengung zu scheuen, um den öffentlichen Unterricht zu verteidigen.“

Holland.

Nachwahl in Amsterdam. Bei der Nachwahl zur Zweiten Kammer im dritten Amsterdamer Wahlkreis ist, weil unser Parteigenosse Troelstra zweimal gewählt war, im ersten Wahlgang Gen. Henri Polak, der Vorjüngende des Diamantarbeiter-Bundes, gewählt worden. Er bekam 4831 Stimmen, der Liberale 2375, der Merkale 1025 und der Kandidat der aus der Partei ausgeschiedenen Links-Partei 217. Die Wahl des Genossen Polak ist eine sehr bedeutsame Verstärkung der sozialdemokratischen Parlamentarierfraktion und stellt eine Verbindung dar zwischen der Fraktion und der Gewerkschaftsbewegung, unter deren Führern Polak mit an erster Stelle steht.

Norwegen.

Der Achtsundentag. Das Storting beschloß, daß der Achtsundentag auf der Marinewerft in Horten eingeführt werden soll.

Badische Politik.

Selb was helfen mag.

Das scheint das Leitmotiv des Zentrums für den Landtagswahlkampf zu sein. Nachdem alle bisher angemessenen Mittel, die Nationalliberalen vom Großblock loszureißen, bergelich waren, beruht es jetzt der „Badische Beobachter“ mit einer alles bisher dagewesenen in den Schatten stellenden Denunziation des Abg. Rebmanna bei der Regierung. Herr Wacker hat bekanntlich in einer mehrere Meter langen Artikelserie den Abg. Rebmanna und die von ihm befürwortete Taktik auf schärfste angegriffen. Es hat seit einem Vierteljahrhundert keinen Führer der Nationalliberalen und keinen Minister des Innern gegeben, den Wacker nicht Spiegheltrüben laufen ließ. Es ist dies eine Wackerische Spezialität. Herr Rebmanna hat u. E. mit Recht die Wackerische Intention im „Bad. Beobachter“ einfach ignoriert. Dagegen hat die „Bad. Nationallib. Korrespondenz“ einige sehr scharfe persönliche Angriffe gegen Herrn Wacker publiziert. Man kann gewiß verschiedener Meinung sein, ob eine solche Antwort auf die Wacker-Artikel zweckmäßig war. Jetzt kommt der „Bad. Beobachter“ — wie immer in solchen Fällen — und spielt sich auf den Entrüsteten hinaus. Es hat alles seine Grenzen, auch die Gutmütigkeit des Zentrums. Man greift sich an den Kopf: „Die Gutmütigkeit des Zentrums“, dessen Presse seit Jahr und Tag den denkbar gehässigsten Kampf gegen den Abg. Rebmanna führt. Nun greift die Zentrumspresse zum letzten verzweifeltesten Mittel, sie beruht den Ab. Rebmanna aus seiner Stellung als Staatsbeamter zu verdrängen. Man lese folgendes:

In schlimmen Händen.

Roman von Erich Schlaikjer.

(Fortsetzung.) (Nachdr. verb.)

Den Hofsund packte das böse Gewissen mit einem starken Angstgefühl. Er rückte unruhig hin und her und zitterte heftig, er wußte aber nicht, was er tun sollte. Er hatte Zigaretten mitgebracht, er hatte vergessen, sie unten auf den Tisch zu legen; er wußte, daß Axel sie nach dem Kaffee haben wollte. Es stand wie etwas Entsetzliches vor ihm, daß er das hatte vergessen können. Er bekam schönes Essen und Trinken, Axel war so gut; was sollte er nun sagen, wenn die Zigaretten nicht da wären? Er hatte eine brennende Angst, daß Axels Kopf plötzlich von unten heraufstauen könnte. Dann war das Unglück geschehen, dann war es nicht mehr gut zu machen. Er wäre so gern in die Kajüte hinuntergegangen, vielleicht hätte Axel noch gar nichts bemerkt, er hatte aber solche Angst vor Peter. Er wußte ja doch, daß man auf dem Schiff stillsitzen mußte. Wenn Peter ihn nun anrief, was wollte er dann sagen? Er sandte ihm einen schenen Blick zu, dann begann er leise nach dem Kajütereingang hinzurücken. Wenn er es ganz allmählich machte, sah er es vielleicht doch nicht. Er schob sich leise immer weiter, er war am Eingang; aber nun kam der große Augenblick. Würde er sich erheben können, ohne daß Peter es merkte? Es ging. Er tastete sich ganz leise und vorsichtig die Treppe hinunter. Es würde noch alles gut werden; er wagte kaum zu atmen. In diesem Augenblick machte die „Widwe“ einen kleinen Scherz. Sie war auf eine hohe Welle geraten und warf sich nun in den Abgrund hinein, wie ein Funge mit Tauchzeug in eine Schneegrube springt. Der Hofsund geriet ins Stolpern, die unsicheren Beine wirbelten wild durcheinander, und er flog krachend durch die Luft.

„Axel sprang in jähem Bohn vom Divan auf. Dagmar stand in seidenem Unterrock und Korsett vor dem Spiegel; sie ordnete ihre Frisur.“

„Was fällt Ihnen ein? Was wollen Sie hier unten, Mensch?“

„Ach — ich — ich —“

„Wissen Sie nicht, daß Sie an Bord bleiben müssen, wenn Peter überholen will?“

„Ach — ich —“

„Was wollen Sie in des Teufels Namen?“

„Ach — ich —“

„Wollen Sie gefälligst reden? Oder haben Sie Ihren Verstand nun ganz verloren?“

„Biga — Biga —“

„Reden Sie deutlich!“ schrie Axel mit rotem Kopf.

Der Hofsund fuhr zitternd in die Tasche und holte das Köckchen hervor; die hellen Tränen liefen ihm über die Wangen.

„Ach so!“ Axel pustete erschöpft und rang nach Luft. Der Unfall tat ihm leid. Es war ja, weiß Gott, ganz gleichgültig, ob der Hofsund oder ein anderer Hund im Zimmer war, es kam ja völlig auf eins heraus.

„Sie müssen aber doch anklopfen, Christensen,“ ermahnte er.

„Biga — Biga —“, sagte der Hofsund. Er wollte im Grunde von der Treppe erzählen. Sein Gehirn aber war in diesem Augenblick völlig gestorben, er brachte es nicht zusammen.

„Sie sind wohl gefallen?“

„Er nicht verzweifelt.“

„Nun, lassen Sie es gut sein. Sagen Sie an Ded, daß der Kaffee bald kommt. Wir sind mit unserm eben fertig geworden.“

Der Hofsund schlotterte die Treppe hinauf. In seinem ganzen Leben hatte er so eine Minute nicht durchgemacht.

„Alter Kavallerist,“ sagte Dagmar und setzte sich auf Axels Schoß. Sie jauste ihm an beiden Ohren. Sa, das war so schön. „Küß!“ Axel küßte sie.

„Ist es vorbei?“

„Ja.“ Axel lächelte.

„Ist es auch ganz vorbei? Oder muß ich dich noch länger an den Ohren halten?“

„Es ist vorbei.“

„Na, siehst du.“ Sie sprang mit einem Satz herunter und zog sich an.

„Axel war nicht wenig erstaunt, als er an Ded kam. Er sah sich eine Weile prüfend um.“

„Mein Gott, Peter, wir sind ja viel zu weit hinausgekommen.“

„So?“

„Ach sagte Ihnen doch, daß wir die Höhe des Hotels haben müßten.“

„Die habe ich auch gehabt; aber ein anderer Kurs wurde mir nicht angebehen.“

„Axel lächelte. Peter kehrte bei so schönem Wetter so leicht nicht um.“

„Golen Sie über und fahren Sie mit Seitenwind zum Hotel hinein.“

„All right.“

Der Hofsund geriet in fieberhafte Tätigkeit. Er packte auf, als wenn es das Leben gelte. Einen Augenblick später lag die „Widwe“ in neuen Kurs. Mit dem frischen Seitenwind ging es in schneller Fahrt auf die Küste los.

Aus der Kajüte kam Dagmar mit einem Tablett heraus. Der würzige Kaffee dampfte, und ein gehäufter Keller mit Napftuchen stand verlockend daneben.

„Axel neigte sich selbst ans Steuer, und Peter machte es sich mit den neuen Herrlichkeiten bequem. Der Kuchenschnitte ihm ganz vortrefflich. Es war ein verdammt schönes an Bord.“

Dagmar stellte sich vor den Hofsund hin und bot ihm lächelnd das Tablett.

„Ach — ich — ich —“ er wich ganz erschrocken zurück.

„Nehmen Sie nur,“ rief Axel zu ihm beruhend.

Er nahm zaghaft ein kleines Stück, Dagmar legte ihm noch zwei große auf den Keller, dann setzte sie sich wieder bei Axel hin.

Peter und der Hofsund schmauseten mit vollen Waden. Axel und Dagmar aber tauschten ein stilles Lächeln.

„Ist es nicht hübsch?“ fragte Axel, als das Hotel von der Küste herübergrüßte.

„Es lag so gebietend auf der Höhe.“

„Bei in Baden demokr der Mon tiert, u iratic ganze Ar erhalt treife po politisch einzunp Die das alle daß ih Die und sein n n w d 1905 noch sind die wahl zur aber 117 bei drei schon die Herr We auf die Bei dauern, R e b m mus un qu e m e wie soll fügen i hörer, n Geist wo Wirkung Ma dem Ge nahe, n Tä t i g gerium heit un fähigkeit nur die widrige lüchtes, So gef des Kam zu führe Bayern genau do Dort ist schieht; i Schande trumsthe Und Als ob Erdrüch im Zint zial d Ordnung an der nicht m Zentrum Glau Entrüht damit z des polit die sein? Der i tische breift n Ber z n u n g gunsten eines S Schau über de Dem J Gang i und nu gedragt ten M wirtsch N n hiniüber Die Hotel in. Der W Axel. Küste partie feinen den jo M Vieler Abend zauber „Film führu Rolle Hann me r Stim Fröhli ihrer müßig sagt, Ruch Barb übrig Magd Ruch holum

Die Frage ist, werden kann, und zu über-Proletariats, Neutralität, 1. Der, mitten, noch, doch klar und einzige, Zweck, geistigen und, Lage des ge-Unterweideln unter, auffassungen, politischen und, des Kindes, iche Ergebnis

„Reite Kreise empfinden es mit brennender Scham, daß in Baden ein hochgestellter Beamter mit der Sozialdemokratie, der Feindin des bürgerlichen Staates und der Monarchie, liebäugelt, verhandelt und patiiert, und sich zum Handlanger der Sozialdemokratie hergibt, während er auf der anderen Seite seine ganze Kraft und Persönlichkeit einsetzt, um die staats-erhaltende und monarchisch treugefährte Volks- freije politisch niederzuhalten, ihre Anteilnahme am politischen und Staatsleben mit allen Mitteln zu unterbinden, einzuzugeln ja...“

Dieselben Volkstreife empfinden es auch bitter, daß das alles in Baden ein hochgestellter Beamter tun kann, ohne daß ihm das Geringste in den Weg gelegt wird.

Dieselben Volkstreife machen auch Herrn Rebmann und seine Politik mitverantwortlich für das bedenkliche Anwachsen der Sozialdemokratie in Baden. 1905 noch 50 431 Stimmen, 1909 aber 86 078 Stimmen! Das sind die Ziffern der Sozialdemokratie vor einer Landtagswahl zur anderen. 1903 noch 72 300, 1907 schon 93 300, 1912 bei 117 154 sozialdemokratische Stimmen. Ein Anwachsen bei drei Reichstagswahlen von 17,22 auf 23,88 Prozent! So sehen die Ziffern aus, wie sie sich gestaltet haben, seitdem Herr Geh. Hofrat Rebmann einen bestimmenden Einfluß auf die Landespolitik ausübt.

Reite Volkstreife sehen es mit Schmerz und tiefem Bedauern, wie durch die Maßnahmen des Herrn Geh. Hofrat Rebmann im ganzen Lande dem demokratischen Radikalismus und dem Sozialismus die Wege immer besuener gemacht, immer besser geebnet werden. Sie fragen, wie soll das werden, wofür soll es führen, insbesondere auch führen in der Verwaltung des Staates, in seinem Beamtenkörper, wenn dieser von Rebmann gepflegt und aufgeschwepelt geht weiter und weiter gehet wird, um sich greifen und seine Wirkungen äußern kann?

Man geht auch nicht zu weit, und man tritt sicherlich auch dem Herrn Geh. Hofrat Rebmann persönlich nicht zu nahe, wenn man sagt, ihm und seiner politischen Tätigkeit ist es insbesondere zuzuschreiben, wenn das Bürgerertum in Baden in zwei Lager gespalten sich gegenübersteht und die Sozialdemokratie den Nutzen aus dieser Gegenüberstellung zieht. Der Herr Geh. Hofrat Rebmann hat nicht nur die mehrlach dargebotene Hand zu einer Verringerung zuzugestehen, sondern er tut, wie schon gesagt, noch sein Möglichstes, die Klüft im Bürgerertum offen zu halten.

So geht es weiter und das soll nur die „erste Probe“ des Kampfes sein, den die Zentrumspreffe von nun an zu führen gedenkt. Hat man schon zu etwas erlebt? In Bayern dürfen die höchsten geistlichen Würdenträger genau dasselbe machen, was in Baden Herr Rebmann tut. Dort ist es zulässig, weil es im Interesse des Zentrums geschieht; in Baden aber ist es eine „brennende Schande und Schande“. Es geht nichts über die abgrundtiefe Zentrumsheulelei.

Und dann das in zwei Lager gespaltene Bürgerertum. Als ob das eine ganz neue, erst seit 1905 zu datierende Erscheinung wäre. So lange Herr Wader das Bürgerertum im Interesse der Zentrumspreffe spaltete und die Sozialdemokratie unterstützte, war das alles in der Ordnung. Jetzt aber ist es ein Verbrechen am Staat und an der Monarchie, weil das Zentrum an dieser Spaltung nicht mehr interessiert ist und die Nationalliberalen dem Zentrum nicht zur politischen Herrschaft verhelfen wollen.

Glaubt denn der „Bad. Beobachter“ wirklich, mit dieser Entrüstungskomödie da Eindruck zu machen, wo er solchen damit zu schänden beabsichtigt? Glaubt er wirklich, diese Art des politischen Kampfes mit Hilfe der perfidesten Denunziation, die man sich denken kann, werde dem Zentrum nützlich sein?

Der Beobachterartikel vom letzten Samstag ist eine taktische Baankerottklärung, denn zu solchen Mitteln greift man im politischen Kampf nur in der Stimmung der Verzweiflung. Er ist der letzte Versuch, die Regierung scharf zu machen, damit sie ihren Einfluß zugunsten des Zentrums in die Waagschale wirft. Wenn es noch eines Beweises bedürft hätte, wie hohl und unwahr die zur Schau getragene Triumphstimmung des Zentrums gegenüber dem Großblock ist, dann hätte ihn dieser Artikel erbracht. Dem Zentrum bangt davor, daß auch die „Wittumerei“ den Gang der Dinge in Baden nicht mehr aufhalten vermag und nun spielt es va banque. Jetzt soll der Mann, der es gewagt hat, sich nicht zum politischen Werkzeug der raffinierten Wadertaktik mißbrauchen zu lassen, wenigstens um seine wirtschaftliche Existenz gebracht werden.

Nur so weiter gefahren, der Erfolg wird sicher nicht aus-

bleiben. Wenn er aber zugute kommen wird, ist kaum zweifelhaft.

Eine unbegreifliche Haltung

nimmt nach Mitteilungen der „Frankf. Zig.“ die badische Regierung in Sachen der Errichtung eines Landgerichts in Forzheim ein. Ueber die Notwendigkeit eines Landgerichts in Forzheim ist kein Wort weiter zu verlieren. Auch der Landtag hat dieser Ueberzeugung Ausdruck gegeben. Neuerdings hat auch die Regierung ihren Widerspruch ausgegeben und mit der Stadt Forzheim Unterhandlungen eingeleitet. Die Regierung verlangt, daß die Stadt den Bauplatz in der Größe von 8000 Quadratmeter unentgeltlich hergibt, um darauf ein Amtsgerichts- und ein Landgerichtsgebäude, ersteres mit 3000 Quadratmeter, letzteres mit 5000 Quadratmeter Flächenraum erbauen zu können. Da das Gericht nicht außerhalb der Stadt sein soll, wurde ein Platz ausgemacht, der hier gut 50 Mk. den Quadratmeter wert ist. Wie es scheint, war der Stadtrat nicht abgeneigt, das Opfer von etwa 400 000 Mk. zu bringen, obwohl der Staat selbst hier geeignetes Gelände besitzt. Aber der Staat verlangt zunächst von der Stadt auch noch die kostenlose Errichtung der beiden Gebäude, sodann wenigstens die Ausführung des Baues und die Verzinsung der Kosten durch die Stadt während der ersten sechs bis zehn Jahre. Jetzt endlich will der Staat der Stadt insofern entgegenkommen, daß er die Stadtgemeinde nur verpflichten möchte, die Kosten des Baues vorzuschließen gegen Verzinsung durch den Staat.

Wir können diesen Standpunkt der Regierung nicht verstehen. Anerkennt die Regierung die Notwendigkeit der Errichtung eines Landgerichts in Forzheim, dann darf sie keine solche Forderungen an die Stadt Forzheim stellen. Diese Finanzpolitik ist recht kleinlich und kurzfristig, wir glauben auch nicht, daß der Landtag diesen Standpunkt der Regierung billigen wird.

Vorant die schwarz-blaue Reaktion spekuliert

verrät die konservative „Badische Warte“, indem sie im Hinblick auf die Affäre in Rastatt schreibt:

„Sollten die Geschicke in Rastatt eine Trennung der nationalliberalen Partei von Rotblock herbeiführen, wir erhoffen dieses im Interesse unseres Badener Landes, so werden die konservativen gerne und freudig bereit sein, der neuen Situation Rechnung zu tragen.“

Daran ist nicht zu zweifeln, daß die Konservativen gern bereit wären, der „neuen Situation“ Rechnung zu tragen, die Frage ist nur, ob sie dazu auch Gelegenheit bekommen.

Aus der Partei.

Aus den Organisationen. Der sozialdemokratische Verein für Cassel-Melsungen hielt am vergangenen Sonntag seine Generalversammlung ab. Aus dem erstatteten Geschäftsbericht geht hervor, daß die Mitgliederzahl von 4072 am Schluß des vorigen auf 4163 am Schluß des letzten Geschäftsjahres gestiegen ist. Weibliche Mitglieder sind 292 vorhanden. Die Zahl der Abonnenten auf die „Arbeiter-Jugend“ beträgt 465. Der Kassenschluß weist bei 17 343,12 Mk. Einnahmen und 14 671 Mk. Ausgaben einen Bestand von 2871,72 Mark auf. In einem während des Berichtsjahres gebildeten, Mark auf. In einem während des Berichtsjahres gebildeten, Mark auf. In einem während des Berichtsjahres gebildeten, Mark auf.

Wegen Verleumdung des Bürgermeisters in Launstein erhielt der Verantwortliche der Dresdener „Arbeiterzeitung“, Gen. Sachs, 150 Mk. Geldstrafe. Dem Bürgermeister war zum Vorwurf gemacht worden, daß er den Schützenwirt in Launstein erheblich geschädigt habe dadurch, daß die Kontrollverordnungen nicht mehr dort abgehalten wurden, daß Militär- und bürgerliche Gelangvereine ausgezogen sind, alles das, weil der Wirt bei den letzten Reichstagswahlen den Sozialdemokraten seinen Saal zur Abhaltung von Versammlungen überlassen hatte. Der als Zeuge geladene Wirt des Schützenhauses wurde vom Gericht nicht verurteilt und daraufhin der angeklagte Redakteur verurteilt, weil der Wahrheitsbeweis nicht völlig gelungen sei. Gegen das Urteil ist Berufung eingelegt.

Personalien. Zum Redakteur des „Hamburger Echo“ ist der Genosse Jan Reike in Begead ernannt worden. Genosse Reike ist von Beruf Buchbinder, war viele Jahre in Hamburg als solcher tätig und wurde vor fünf Jahren zum Vertreter der „Bremer Bürgerzeitung“ im Begeader Industriegebiet bestellt.

Gewerkschaftliches.

Außerordentlicher Verbandstag der Metallarbeiter.

Der Vorstand des Metallarbeiter-Verbandes beruft für den 8. und 9. August einen außerordentlichen Verbandstag nach Berlin in das Gewerkschaftshaus ein. Der Verbandstag dient einer Besprechung des Verfarbeiterstreiks. Die Delegierten wählen finden im ganzen Verbandsgebiet am Sonntag den 3. August, vormittags um 10 bis nachmittags 4 Uhr statt. In der Zeit vom 27. bis 31. Juli werden überall dort, wo es bei der Kürze der Zeit angängig ist, Mitgliederversammlungen zur Aufstellung der Kandidaten und zur Vorbereitung der Wahlen abgehalten. Mit Rücksicht auf die Wichtigkeit der Angelegenheit wird auf eine sehr starke Beteiligung gerechnet.

Zum Streik der Hamburger Verfarbeiter.

Nachdem die Verwaltungsstelle Hamburg des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes beschlossen hat, am Samstag den 26. Juli die erste Streikunterstützung auszusprechen, haben sich die übrigen Verwaltungsstellen ebenfalls mit der Frage der Unterstützung beschäftigt und werden es doch in aller nächster Zeit tun. Die Mehrzahl der Verwaltungsstellen, so die der Holzarbeiter, Transportarbeiter und Fabrikarbeiter u. a., zahlen ebenfalls bereits am Samstag die erste Unterstützung aus lokalen Mitteln. Die meisten Verwaltungsstellen haben auch, wie die Metallarbeiter, einen Extrabeitrag beschlossen.

Die Reihertieg-Schiffswerft sucht Leute anzustellen und sie zu veranlassen, einen Rebers zu unterschreiben, daß sie in den nächsten drei Jahren keinem Verbands beitreten dürfen. Der Unternehmer-Arbeitsnachweis, der bisher seine Fortien geschlossen hatte, versucht jetzt ebenfalls, Streikbrecher zu vermitteln. Von einer Besetzung der Werften kann jedoch keine Rede sein; es kann sich nur um kleinere bringende Reparaturen handeln, die man mit Hilfe von Technikern, Meistern und Lehrlingen fertigstellen wird.

Auf den Werften im Bremerhaven sind die Arbeiter auf einen Versammlungsbeschluss vom Donnerstag hin am Freitag den 25. Juli ausständig geworden. Die christlichen Organisationen hatten versucht, mit den dortigen Werksbesthern in der schwebenden Lohnfrage zu verhandeln. Die Unternehmer haben das aber abgelehnt. Daraufhin ist nun der Ausstand auch hier unvermeidlich geworden.

In Einswarden und Osterholz wird noch weiter gearbeitet. Es hat den Anschein, als ob man dort mehr einer Verständigung mit den Arbeitern zuneigt.

Die Arbeitslosen im Berliner Holzgewerbe

hielten Dienstag nachmittag eine Versammlung ab. Trozdem die Berliner Ortsverwaltung im „Vorwärts“ bekannt gegeben hatte, daß diese Versammlung ohne Wissen der Ortsverwaltung von dritter Seite einberufen sei, die arbeitslosen Mitglieder deshalb die Versammlung nicht besuchen sollen, war der große Saal der Brauerei Friedrichshain überfüllt. Der Referent hob hervor, daß die Not und das Elend der arbeitslosen Berliner Holzarbeiter sehr groß sei, und daß also Hilfe geschaffen werden müsse, auch wenn sich die Angestellten der Ortsverwaltung dagegen sträuben. Das Verhalten der Berliner Organisationsleitung sei nicht zu billigen, vor allem müsse es verhindert werden, daß denjenigen Arbeitslosen, die eine Abstellung der bestehenden Missetände im Arbeitsnachweis fordern, mit dem Ausschluß aus dem Verbands droht wird. Die Arbeitslosigkeit sei gegenwärtig so groß wie nie, über 4600 Arbeitslose seien auf dem paritätischen Arbeitsnachweis eingetragen, viele von ihnen sind ausgesteuert und bekommen keine Unterstützung mehr. Durch die friedliche Erledigung der diesjährigen Tarifbewegung seien die für den Fall einer Aussperrung unter großer Belastung der Mitglieder angesammelten Kampfgelder frei geworden und durch den Fortfall der Walaussperrung in diesem Jahre habe der Verband große Summen erparnt. Da sei die Forderung berechtigt, daß aus diesen reichen Verbandsmitteln die ausgesteuerten Arbeitslosen weiter unterstützt würden. Selbst tüchtige Arbeiter seien über 18 Wochen und länger beschäftigungslos. Diese mühten auf dem paritätischen Arbeitsnachweis warten, bis ihre Nummer nach vielen Wochen an die Reihe kommt, während viele Unternehmer unter der Hand sich Arbeitskräfte besorgen. Die meisten Redner richteten heftige Angriffe gegen die Ortsverwaltung des Holzarbeiterverbandes, sie beklagten die Untätigkeit bei der Abstellung der Not der Arbeitslosen und die Weigerung, Arbeitslosenversammlungen einzuberufen.

Die Ortsverwaltung des Verbandes hatte vorher erklärt, daß sie in Gemeinschaft mit der Berliner Gewerkschaftskommission sich in letzter Zeit wiederholt mit der Frage der Arbeitslosigkeit ihrer Mitglieder beschäftigt habe; die Verhandlungen seien jedoch noch nicht so weit gediehen, daß ihr Ergebnis in Arbeitslosenversammlungen besprochen werden könne. Nach vierstündiger Debatte nahm die Versammlung eine Resolution an, in der das Verhalten der Ortsverwaltung, vor allem die Ablehnung der Einberufung von Arbeitslosenversammlungen, gemißbilligt wird. In der Resolution wird weiter gefordert, daß Staat und Kommune ihren Pflichten den Arbeitslosen gegenüber nachkommen und daß der Holzarbeiterverband den gegenüber arbeitslosen sofort weiter Unterstützung gewährausgesteuerten Arbeitslosen sofort weiter Unterstützung gewähren soll. In der Resolution wird schließlich noch gesagt, daß der paritätische Arbeitsnachweis in seiner jetzigen Form den Bedürfnissen der Berliner Holzarbeiter nicht Rechnung trägt.

Formen- und Giebereiarbeiterstreik. In der Eisengießerei von Hartung, Berlin-Lichtenberg, haben familiäre Formen- und Giebereiarbeiter die Arbeit niedergelegt. Es kommen ca. 200 Mann in Betracht. Die Ursache der Arbeitsniederlegung ist folgende: Die Firma glaubte, um ersparnisfähiger zu sein, die Arbeitszeit verlängern zu müssen und die Löhne herabzusetzen. In einem längeren Schriftstück hat die Firma dies den Arbeitern mitgeteilt und als Begründung angegeben, daß sie andauernd mit großem Verlust arbeite.

Die bei dieser Firma gezahlten Löhne geben jedoch durchaus nicht über das durchschnittliche Maß der anderen Gießereien Berlins erzielten hinaus. Wenn es also zutrifft, daß die Firma nicht konkurrenzfähig sein kann, dann müssen die Ursachen hierzu wohl an anderer Stelle liegen.

Die Arbeiter haben sich durch die Drohung der Firma, daß, wenn die Arbeiter mit den Verschlechterungen nicht einverstanden sind, der Betrieb geschlossen werden müsse, nicht einschüchtern lassen, sie haben mit großer Entschiedenheit erklärt, daß sie sich auf keinen Fall die von der Firma angebotenen Verschlechterungen gefallen lassen würden.

Als die Firma sah, daß eine Einschüchterung der Arbeiter nicht möglich war, gab sie kurzerhand am 12. Juli am schwarzen Brett des Betriebes bekannt, daß vom 14. ds. Ms. an die neuen Bestimmungen in Kraft treten. Die Arbeiter haben daraufhin beschlossen, die Arbeit niederzuliegen.

Die Firma macht alle möglichen Anstrengungen, um Arbeitswillige zu bekommen, bisher jedoch ohne jeden Erfolg. Der Betrieb muß, allen Bemühungen der Firma zum Trotz, streng gemieden werden.

Gegen die Unterstützungsverweigerung im Verfarbeiterstreik protestierte am Donnerstagabend eine außerordentliche Generalversammlung der organisierten Metallarbeiter in Stettin. In der überaus zahlreich besuchten Versammlung wurde das Verhalten der Zentralvorstände, insbesondere das des Zentralvorstandes des Metallarbeiter-Verbandes, scharf beanstandet. Gegenüber den Hamburger Verfarbeitern und den Stettiner Metern sei die Unterstützungsverweigerung formell berechtigt gewesen, aber ein weniger bürokratischer Vorstand müsse doch auch beachten, daß die Arbeiter von den Unternehmern provoziert wurden. Gegenüber dem allgemeinen Verfarbeiterstreik sei ihr Verhalten völlig unbegründet. Insbesondere formell Stettin in Betracht komme. In Stettin sei mit einer ganz anderen Gruppe der Metallindustriellen verhandelt und der Streik ordnungsgemäß beschlossen worden, nachdem alle Mittel friedlicher Verhandlung resultatlos geblieben waren. Den Stettiner Verfarbeitern dürfe deshalb aus statutarischen Gründen die Streikunterstützung nicht verweigert werden, noch viel weniger habe der Hauptvorstand das Recht, anzuordnen, daß aus den Lokalkassen auch keine Unterstützung gezahlt werden dürfte. Der Zentralvorstand gerümpelte mit seinem Entschließen den Verband. Wie wieder werde nach dieser Entschließung die Verfarbeiterchaft so einmütig und geschlossen in den Kampf ziehen. Ein außerordentlicher Verbandstag müsse einberufen werden, um die Unterstützung der Streikenden und den Sturz des Hauptvorstandes herbeizuführen. Es wurde den Beschlüssen des Vertrauenslaute der Stettiner Verfarbeiter beigetreten und die sofortige Einberufung des Verbandstages verlangt, und die sofortige Einberufung des Verbandstages verlangt, und die sofortige Einberufung des Verbandstages verlangt, und die sofortige Einberufung des Verbandstages verlangt.

„Herrlich“, sagte Dagmar und sah mit glänzenden Augen hinüber. Sie liebte das Hotel.

Die „Möbe“ lag an der neuen Landungsbrücke, die zum Hotel hinführte. Peter und der Hofhund holten die Segel ein. Azel und Dagmar schritten die Brücke entlang.

Als sie oben angekommen waren, holte Dagmar Atem. Der Weg zur Höhe hatte es „in sich“.

„Wir werden viel Wagenverehr bekommen“, meinte Azel. „Es wird ältere Leute geben, die den Lustflieg von der Küste scheuen und lieber den Landweg wählen. Die Wagenpartie ist ja auch sehr schön. Die Höhen durften wir unter keinen Umständen preisgeben. Der Ausblick muß die Fremden ja entflammen.“ (Fortsetzung folgt.)

Theater und Musik.

Interims-Sommertheater Karlsruhe.

„Filmzauber.“

Nachdem „Puppchen“ acht Tage lang zu vieler Freud und vieler Leid den Spielplan beherrscht hatte, brachte endlich gestern Abend eine äußerst flott gelungene Aufführung des „Filmzauber“ die ersehnte Abwechslung. Auch für den, der sich am „Filmzauber“ schon satt gelacht hat, brachte die diesmalige Aufführung noch manches Interessante und erneuten Genuß. Die Rolle des fränze Popenbid lang und spielte ein Gast, Fr. Reimer, der in Karlsruhe von der Schauburg in Hannover. Fr. Reimer verfügt über viel Temperament und über eine hübsche Stimme, ihr Spiel war von übersprudelnder Lebhaftigkeit und Fröhlichkeit besetzt. Im zweiten Akt hätte man allerdings in ihrer Rolle als Müllerstochter etwas mehr Natürlichkeit gewünscht. Fr. Hausmann gefiel da besser. Aber sonst, wie gesagt, verstand es Fr. Reimer sich im Ru den Beifall des Publikums zu verdienen und erlangen. Sie bot mit ihrem Partner, Herrn Lauter, eine ganz vorzügliche Leistung. Die übrige Rollenbesetzung war die alte, alle Darsteller trugen ihr Möglichstes zum guten Gelingen des „Zaubers“ bei. Das Publikum war sehr beifallsfreudig und erzwang sich viele Wiederholungen.

preffe erfucht, die organisierte Arbeiterschaft allerorts zur Unterstützung der Werftarbeiter durch Sammlungen aufzufordern.

Kommunalpolitik.

s. Gemeinderatswahl in Kleinstenbach. Aus der letzten Gemeinderatswahl ist zu berichten, daß die Wählerlisten zur Gemeinderatswahl mit 155 Wählern abgeschlossen wurde. Die Wahl findet am Samstag, 2. August, abends von 5 bis 8 Uhr, statt.

Barzigenossen! Tue jeder seine Pflicht! Jetzt gilt es aufzuklären und zu agitieren! Unsere Gegner, die Konterpartien, sind aus ihrer bisherigen Ruhe herausgetreten. Die Wähler gegen uns sind an der Arbeit, um mit allen ihnen zur Verfügung stehenden verleumdlichen Mitteln uns den Sieg streitig zu machen. Wenn jeder seine Pflicht tut, wird auch dieses Mal wieder die Partei des Rückschritts eine Niederlage erleiden, wie sie verdient hat.

Gerichtszeitung.

* Heidelberg, 25. Juli. Vor der hiesigen Strafkammer fand heute vormittag der Beleidigungsprozess des Pfarrkurats Seibler aus Forzheim gegen den Redakteur Schübelin von der 'Freien Presse' in Forzheim statt. Mit der Angelegenheit beschäftigte sich bereits früher das Schöffengericht in Forzheim, das Landgericht und Oberlandesgericht in Karlsruhe, von welchem der Prozess an die Heidelberger Strafkammer verwiesen wurde. Die Beleidigung wurde in einem Artikel der 'Freien Presse' erblickt, in welchem Pfarrkurat Seibler scharf angegriffen wurde, weil er Kinder geschlagen habe, die nicht zum Vormittagsgottesdienst erschienen waren. Die beiden Parteien einigten sich schließlich, der Beklagte nimmt die beleidigenden, herabwürdigenden Äußerungen zurück. Die Gerichtskosten werden geteilt.

* Freiburg, 25. Juli. Gestern begann vor dem Schwurgericht der auf 8 Tage berechnete Mordprozess gegen die Eheleute Josef und Anna Maria Wehling von Basel wegen gemeinschaftlicher Tötung des außerhäuslichen Sohnes Ernst der Ehefrau Wehling durch Ertränken im Rhein am 20. Februar 1908. Drei Tage nach der Tat war die Ehefrau nach Frankreich geflohen und wurde dann in Nancy am 6. März 1909 verhaftet. In der Annahme, daß die Tat auf schweizerischem Gebiet geschehen sei, hatte die Basler Staatsanwaltschaft die damalige Untersuchung geführt, doch war Frau M., die jede Schuld leugnete und ihren Mann der Täterschaft bezichtigte, freigesprochen worden. Weitere Erhebungen hatten ergeben, daß die Tat auf deutschem Gebiet in Kleinmünningen erfolgt war; es erfolgte erneut die Verhaftung der Frau und ihres Ehemannes.

* Todesurteil. Der im Mordprozess Wehling angeklagte Josef Mahling, der beschuldigt ist, das uneheliche Kind seiner jetzigen Frau ermordet zu haben, dadurch, daß er es im Rhein verdrückte, wurde vom Schwurgericht Freiburg wegen Mord zum Tode verurteilt. Seine mitangeklagte Ehefrau Marie geb. Denning wurde wegen Totschlags unter Ausschluss mildernden Umstände zu 7 Jahren Zuchthaus verurteilt.

Aus dem Lande.

Durlach.

Die Ausstellung über den Alkoholismus, die am gestrigen Sonntag geschlossen wurde, hatte eine gesamte Besuchsfrequenz von circa 4000 Personen zu verzeichnen.

Ein Wettbewerb mit Hindernissen. Der Gemeinderat beschloß, wie bekannt, im vergangenen Herbst ein neues Volksschulgebäude zu errichten und zur Gewinnung geeigneter Entwürfe dazu einen Wettbewerb auszuschreiben unter den hier geborenen bzw. den derzeit hier ansässigen Architekten und wozu hierfür 3 Preise aus. Das Preisgericht, dem u. a. auch die Herren Stritzenacker und Architekt Curjel-Karlsruhe angehörten, erkannte den 1. Preis dem Architekten Weishaar-Stuttgart, den 2. Preis dem Bautechniker Lehberger, den 3. Preis dem Architekten Sadberger — die beiden Lehberger hier ansässig — zu. Der Gemeinderat übertrug nun dem Träger des 3. Preises die Projektausführung. Darauf erhob Architekt Weishaar gegen Architekt Sadberger den schweren Vorwurf, er sei nicht der geistige Urheber seines preisgekrönten Entwurfes, sondern habe sich fremder Hilfe bedient und zwar in so bestimmter Form, daß der Gemeinderat Herrn Sadberger aufforderte, gegen Weishaar Beleidigungsklage zu erheben. Auch gegen die geistige Urheberchaft des Trägers des 2. Preises wurden aus Architektentreisen ähnliche Bedenken erhoben. In der nun vor kurzem am hiesigen Schöffengericht durchgeführten Verhandlung Sadberger kontra Weishaar mitsprach der von letzterem angebotene Wahrheitsbeweis böllig. Auch gegen Lehberger konnten keine konkreten Beweise erbracht werden, so daß der Gemeinderat in seiner letzten Sitzung beschloß, an dem Projekt von Architekt Sadberger festzuhalten und die beiden beanstandeten Preise zur Auszahlung anzusetzen. Die ganze Prozedur nahm etwa neun Monate in Anspruch. Wenn dem Gemeinderat die Lust künftighin wieder Wettbewerbe auszuschreiben, vergangene sein sollte, wäre das wirklich kein Wunder.

Baden-Baden.

* Leichenfund. In der Nähe des Turmes auf der Badener Höhe wurde ein Mann namens Maier Nikolaus tot aufgefunden. Ein Herzschlag hat dem Leben des Touristen ein Ende bereitet.

* Mannheim, 27. Juli. Vorgeftern nachmittag wurde die 33jährige Ingenieursherrin Luise Berghaus mit ihrem 7 Jahre alten Söhnchen in ihrer Wohnung in der Breitestraße erschlagen aufgefunden. Ueber die traurige Affäre erzählt das 'Mannh. Tagebl.' folgendes: Frau Berghaus, die aus Frankfurt a. M. gebürtig ist, lebte von ihrem Mann getrennt. Dieser hält sich in Chemnitz auf und wurde telegraphisch von dem Vormundschaftsamt benachrichtigt. Das Paar wollte in nächster Zeit das eheliche Zusammenleben wieder herstellen, man begreift daher den verhängnisvollen Schritt der Frau Berghaus nicht und ist geneigt, finanzielle Verhältnisse als Grund der Tat anzunehmen. Das mit in den Tod genommene Söhnchen war zum Besuch bei seiner Mutter, es wohnte sonst bei den Großeltern in Frankfurt a. M.

Ein tödlicher Unglücksfall ereignete sich gestern früh in der Maschinenfabrik der Firma Sch. Lang. In der Abteilung B hatte sich der Rangierer Welfer, wohnhaft auf dem Lindenhof, auf die Puffer gesetzt; während der Fahrt fiel der Mann herunter und die Wagen zermalnten den Unglücklichen zu einer unfürhlichen Masse. Die Gerichtskommission traf alsbald zur Untersuchung in der Fabrik ein.

Zu dem Kindesleichenfund in der Redarstadt, der seinerzeit großes Aufsehen erregte, ist mitzuteilen, daß sich die Leichen zurzeit im Laboratorium des Gerichtsamters Dr. Popp in Frankfurt a. M. befinden. Dort hat man die vorzüglich konservierten Leichen zunächst photographiert. Die Untersuchung erstreckt sich darauf, mit welchen Mitteln die Leichen mumifiziert wurden und ob die Kinder vergiftet worden sind.

* Heidelberg, 27. Juli. Mordtat. In einem Abteil 2. Klasse des Personenzugs Nr. 978 der Strecke Frankfurt-Heidelberg wurde gestern nachmittag ein Mann ermordet und anschließend beraubt aufgefunden.

* Geddesheim, 27. Juli. Hier wurde in der Wohnung des Landwirts Heuchel ein Einbruchdiebstahl verübt. Da sämtliche Familienangehörigen auf dem Felde waren, hatte der Dieb leichte Arbeit. Er brach einen Schrank auf und entwendete Kleider und Schmuckgegenstände im Werte von 60 M.

Aus der Stadt.

Karlsruhe, 28. Juli. Bürgerausschuß-Sitzung vom 24. Juli. (Schluß)

8. Erbauung eines Konzerthauses und einer neuen Ausstellungshalle.

Der Stadtrat beantragt, der Bürgerausschuß wolle seine Zustimmung erteilen, daß auf Grund der zufolge des Bürgerausschußbeschlusses vom 26. April ds. Js. von der Firma Curjel und Moser gefertigten Pläne und Kostenschätzungen: 1. auf dem Festplatz eine Ausstellungshalle errichtet und der dafür entfallende Aufwand im Höchstbetrage von 680 000 M. (einschließlich des Architektenhonorars) aus Anlehensmitteln bestritten wird, 2. daß an Stelle des geplanten Neubaus für einen Konzertsaal nebst einem Theater lediglich ein solcher für einen Konzertsaal errichtet und dieser so eingerichtet wird, daß er zeitweise (insbesondere während der Ferien des Hoftheaters) auch zu Theateraufführungen benutzt werden kann, sowie 3. daß hierfür neue Pläne und Kostenschätzungen durch die Firma Curjel und Moser ausgearbeitet werden.

D. B. Siegrist begründet die Vorlage. — Stadtv.-Vorstand Selbinger empfiehlt namens des Stadtv.-Vorstandes die Annahme. — Stadtv. Merkle macht längere Ausführungen. — Stadtv. Reumeyer erklärt sich als Gegner der Vorlage, weil in dem Bau ein Stückwerk fortgesetzt werde, wie es schon jahrelang hier üblich ist. Es solle eher etwas Großes und Ganzes geschaffen werden. — Stadtv. Köhler glaubt, daß sich mit dem vorliegenden Projekt auskommen lasse, zumal hinsichtlich mit der beabsichtigten Renovierung der Festhalle dem Bedürfnis aus lange Jahre hinaus gebietet sei. Weiter wendet sich Köhler gegen 'Puppchen' im Sommertheater. — Stadtv. Küdert stimmt namens der sozialdem. Fraktion dem Projekte zu, denn die Gebäulichkeiten seien ein Bedürfnis. Es ist gekommen, wie wir vor einigen Wochen ausgeführt haben. An ein Stadtgarten-theater soll man nicht den ersten Maßstab wie beim Hoftheater anlegen. Jeter und Kordio solle man nicht gleich schreiben, auch wir wünschen nichts Anstößiges und Unästhetisches, mit der bisherigen Leitung kann man zufrieden sein. — Stadtv. Anselmet bittet um Berücksichtigung der hiesigen Handwerker bei Vergebung der Arbeiten. — Stadtv. Deines spricht gegen die Vorlage, für die Ausstellungshalle könne er stimmen, für das Konzerthaus dagegen nicht. In der Festhalle soll nichts mehr hineingesteckt werden. — D. B. Siegrist wendet sich gegen die Ausführungen der Stadtv. Deines und Reumeyer. Die Festhalle ist nicht zum Abbruch reif, sie halte noch fünfzig Jahre, sie bedarf nur einiger Verbesserungen. Wir brauchen für den Stadtgarten ein würdiges Restaurant, das auch zugleich Ausstellungsrestaurant sein soll. Der Konzertsaal soll nicht das ganze Jahr als Theater benutzt werden. Die Mietpreise werden nicht zu hoch sein. Ueber das Sommertheater seien noch keine Klagen an den Stadtrat gelangt. Ueber die Platzherstellung liegen noch keine definitiven Beschlüsse vor. In einer Beprechung mit dem Ministerium soll die Frage des Entlinger-Torplatzes besprochen und erledigt werden. — Stadtv. Merkle fragt noch, wie lange die Zustände an der Entlinger- und Schützenstraße noch bestehen bleiben sollen. Das seien furchtbare Zustände. Zum mindesten solle der Zustand provisorisch beseitigt werden. — Straßenbahndirektor Bufebaum erklärt, daß die späte Lieferung der Weiden schuld sei, der Zustand werde aber nächstens beseitigt. — Stadtv. Köhler behandelt nochmals das arme 'Puppchen'. — Nach einer kurzen Bemerkung des Stadtv. Deines wird über die Vorlage abgestimmt und zwar getrennt. Punkt 1 wird einstimmig angenommen; Punkt 2 wird gegen wenige Stimmen angenommen, ebenso Punkt 3.

9. Errichtung etatmäßiger Stellen an der Volksschule, an den Realschulen und an den Höheren Mädchenschulen.

Es sollen im Laufe der Staatshaushaltsperiode 1914/15 an der hiesigen Volksschule die Stelle eines seminaristisch gebildeten Rektors geschaffen, 15 weitere Hauptlehrerstellen und zwei weiteren Stellen für technische Hauptlehrerinnen errichtet und die erforderlichen Mittel in die Gemeindevoranschläge für 1914 und 1915 eingestellt werden. Weiter soll an der Humboldtschule eine weitere Professorenstelle, an der Goetheschule zwei weitere Professorenstellen, an der Lessingschule zwei weitere Professorenstellen und an der Fichteschule zwei weitere Professorenstellen, jeweils freibleibend auf Beginn des Schuljahres 1914/15, errichtet werden. Die Mittel, die seitens der Stadtgemeinde aufzubringen sind, sollen in den Voranschlägen, erstmals in jenem für 1914, bereitgestellt werden.

Bürgermeister Dr. Kleinschmidt begründet die Vorlagen. — Stadtv.-Dömann Frey stimmt namens des Stadtv.-Vorstandes der Vorlage zu. Eine längere Aussprache habe im Stadtv.-Vorstand über die Schaffung einer Rektorstelle stattgefunden. Die Stellung der Oberlehrerstelle solle nicht eingebüßt werden. Ihnen muß es vorbehalten bleiben, die jungen Lehrer einzuführen und zu beaufsichtigen. Die Stelle des Rektors soll in erster Linie eine Entlastung der Arbeiten des Stadtschulrats bedeuten. — Stadtv. Selbinger äußert Bedenken gegen die Schaffung der Rektorstelle. Gegen diesen Teil der Vorlage stimme die fortschrittliche Fraktion. Der Stadtschulrat gehöre wohl einleitet, der Rektor soll aber dazu dienen, dem Stadtschulrat einen Teil der bürokratischen Arbeiten abnehmen. Gegen eine weitere Beaufichtigung wende sich die Lehrerschaft. — Stadtv. Köhler will auch keine weitere Vermehrung der Aufsicht. Die Aufsichtstätigkeit gehöre dem Oberlehrer überlassen. Im wesentlichen solle der Rektor die Verwaltungsarbeiten übernehmen. — Stadtv. Hof teilt auch die Bedenken, die besonders noch durch die Ausführungen des Bürgermeisters Kleinschmidt bestärkt würden. Eine neue Aufsichtsstelle wird sicher zu Kompensationen mit den anderen Stellen führen. Die Oberlehrer gehören mehr entlastet, die Klagen sind allgemein, daß die Oberlehrer so oft in ihrem Unterricht gestört werden. Nur bei Krankheit oder dringenden Fällen solle der Rektor auch die Aufsichtstätigkeit des Stadtschulrats ausüben. — Stadtv. Reumann bittet, die Bedenken zurückzustellen. Der gute und vernünftige Lehrer steht in dem Beamten, der kommt, nicht lediglich der Aufsichtsbearbeiter. Wenn die Schulaufsicht in vernünftiger Weise geführt wird, dann wird der Lehrer nicht in ihr eine bürokratische Einrichtung erblicken. Die Befürchtungen seien nicht zu teilen. — Stadtv. Selbinger polemisiert gegen Stadtv. Reumann. — Stadtv. Köhler hält es auf die Dauer für unmöglich, daß der Stadtschulrat allein bei der steten Vermehrung der Lehrer und Schüler die Aufsicht bewältigen kann. — Bürgermeister Dr. Kleinschmidt empfiehlt nochmals die Vorlage. — Stadtv. Dömann Frey und Stadtv. Selbinger.

Ueber die Vorlage wird getrennt abgestimmt. Für die Schaffung einer Stelle eines Rektors stimmen alle Mitglieder mit Ausnahme der fortschrittlichen Fraktion. Der andere Teil der Vorlage wird einstimmig angenommen.

10. Fortführung der Straßenbahn durch Durlach.

Zum vorgelegten Vertrag mit der Stadtgemeinde Durlach über die Fortführung der städtischen Straßenbahn durch Durlach bis zum Schnittpunkt der Gröbinger- und der Schillerstraße soll Zustimmung erteilt werden, ebenso dem erforderlichen, aus Anlehensmitteln zu bestreitenden Aufwand zur Ausführung der neuen Linie im Betrage von 119 800 M.

D. B. Siegrist verliest zunächst einen Antrag der sozialdemokratischen Fraktion auf Streichung des § 9 des Vertrags. Der Paragraph besagt, daß bei einer Bergesellschaft die neue Gesellschaft an Stelle der Stadt Karlsruhe treten solle. Weiter teilt der Oberbürgermeister mit, daß man noch nicht wisse, ob der Staat genehmige, daß die Stadt ohne weiteres Strom nach Durlach leite. Der Staat werde wahrscheinlich gewisse Bedingungen stellen. Wir werden also wahrscheinlich dazu kommen, eine Ueberlandversorgung zu schaffen, möglicherweise dann in Form einer Gesellschaft.

Stadtv. Marum

erklärt namens der sozialdem. Fraktion deren Zustimmung zur Vorlage. Allerdings sind große Bedenken vorhanden. Wir sagen uns, solange nicht andere wichtige Vorlagen endlich dem Ausschuß unterbreitet werden, sollten andere Projekte zurückgewiesen werden. Es muß einmal offen gesagt werden, daß der Oberbürgermeister die Darländer Straßenbahnangelegenheit oft nur im humoristischen Weise behandelt hat. Die Darländer fühlen sich nicht mit Unrecht getränkt. Die Eingemeindung war seinerzeit wesentlich erleichtert durch die Hoffnung auf eine Straßenbahnverbindung. Es gibt da nur zwei Möglichkeiten: Entweder hat die Stadt Karlsruhe gewußt, daß eine Konzeption der süddeutschen Eisenbahngesellschaft bestünde und sie dadurch gehindert wird, selbst eine Bahn zu bauen. Wenn die Stadt dann dennoch eine Bahn zusicherte, so war das eine Treulosigkeit, ein Verstoß gegen Treu und Glauben. Wenn sie aber von der Konzeption nichts gewußt hat, dann war es zum mindesten fahrlässig, einen Vertrag abzuschließen, ohne sich vorher über alles zu vergewissern. In Wirklichkeit aber ist die Konzeption der Süddeutschen kein Hindernis, eine Bahn zu bauen, wenn man will. Wir stimmen nur dieser jetzigen Vorlage zu, weil mit ihr auch die Frage der Elektrizitätsversorgung verknüpft ist. Wie sollen auch mit anderen Orten Eingemeindungsverhandlungen geführt werden, wenn die Orte sehen, wie Karlsruhe seine Verträge hält?

Genau so ist es mit der Ruppurrerfrage. Da liegt schon eine Vorlage der Stadtverordneten vor. Wenn man den guten Willen hätte, so hätte man sie auch heute auf die Tagesordnung bringen können. Die Vorgartenfrage ist nicht der Grund. Die Auffassung, daß nicht gebaut werden könne wegen der süddeutschen Eisenbahn in der Kapellenstraße ist berechtigt. In anderen Straßen laufen auch beide Bahnen nebeneinander her. Ebenso gut kann es auch in der Kapellenstraße, wenn man nur wollte, und wenn dem Oberbürgermeister nicht immer noch das Phantoma der Bergesellschaft vorhinweggeweht würde. Die Stadt hat die Pflicht, zu einem Wohlkommen mit der 'Süddeutschen' zu kommen. Allerdings, wenn man nur halb dabei ist und am liebsten sich mit der Gesellschaft begnügen möchte, dann kann man kein Wohlkommen schließen. Ebenso ist es bei den Verhandlungen mit dem Staat. Mit der Elektrizitätsversorgung von Durlach ist der Vertrag gemacht, um eine Ausmündung unseres Elektrizitätswerkes zu ermöglichen. Der Oberbürgermeister hat sich danach zu richten, wie sich die Mehrheit des Bürgerausschusses fürzlich entschieden hat. Wenn man allerdings nichts dazu tut, daß die Gemeinden sich gegen die Monopolbestrebungen der Gesellschaften zusammenschließen, dann wird auch den Bestrebungen der Gesellschaften kein Hindernis in den Weg gelegt werden. In erster Linie sollte der Staat mit den Gemeinden die Ueberlandversorgung vornehmen. Wenn auch die Preise verlagert haben, so ist das kein Anlaß, die Pläne ins Korn zu werfen. Der Staat wird zweifellos ein Verbindungsnetz unterstützen. Wenn der Oberbürgermeister seine ganze Energie, wie er sie seinen früheren Projekten gewidmet hat, nun dieser Sache wendet, dann wird er auch hier eine Einigung, wie von uns vorgeschlagen, erzielen. Auch der Staat hat ein Interesse daran, die Monopolgesellschaften auszufallen. Wir wünschen daher, daß nicht einzig und allein der Oberbürgermeister die Verhandlungen führt, sondern eine Kommission, deren Zusammensetzung dem letzten geäußerten Willen der Mehrheit der Bürgerschaft entspricht. Der Oberbürgermeister allein ist nicht die geeignete Persönlichkeit, er ist nur mit halbem Willen bei der Sache. Den Strich des Paragraphen 9 beantragen wir, weil dessen Inhalt nach der letzten Entscheidung des Bürgerausschusses überflüssig ist.

D. B. Siegrist wendet sich gegen verschiedene Ausführungen des Stadtv. Marum. Es sei unrichtig, daß es trotz der letzten Ablehnung des Bergesellschaftungsprojekts, das Projekt weiter verfolgen würde. Er habe keine Schritte mehr unternommen, um das gleiche Projekt weiter zu verfolgen. (Zwischenruf: Aber ein ähnliches!) Der Oberbürgermeister gibt darauf keine Antwort. Er habe bis jetzt noch keine praktischen Vorschläge erhalten. Mit verschiedenen Gemeinden ist wegen der Stromversorgung unterhandelt worden; nur mit Durlach sei etwas erreicht worden. Zurzeit schreiben wieder Verhandlungen mit der Regierung und den Gemeinden, es sei zu hoffen, daß etwas zustande kommt. Heute könne er darüber noch nicht sprechen. Was die Ruppurrerfrage betreffe, so sei die Vorlage fertig, sie hätte heute zur Beratung kommen können, wenn nicht aus der Südstadt eine so große Zahl von Beschwerden und Bedenken vorgebracht worden wären, sodah der Stadtrat die Sache nochmals prüfen müßte. Wegen der Benützung der Kapellenstraße müssen mit der 'Süddeutschen' neue Verhandlungen geführt werden, da ja das letzte Projekt abgelehnt worden ist. Die Darländer Straßenbahnfrage habe er nie humoristisch behandelt. Er habe immer gesagt, die Darländer haben recht, es habe aber auch die Gründe dargelegt, warum es nicht geht. Das Ministerium habe heute geantwortet auf die Bestürzte Darländer. Der Oberbürgermeister verliest das Schreiben. Danach bekommt die Stadtverwaltung in allem recht, sie habe getan, was sie tun konnte und sei nicht schuld an der Verzögerung. (Ins scheint diese Antwort auf einer vollständig einseitigen Information von Seiten des Ministeriums zu beruhen. Diese Antwort hätte es sich sparen können, denn was es sagt, hat man schon hundertmal im Bürgerausschuß gehört. Die Red.) Weiter bespricht der Oberbürgermeister die verschiedenen nach Darländern geplanten Linien und die Schwierigkeiten, die sich der Ausführung entgegenstellen haben sollen.

Stadtv. Merkle erklärt die Zustimmung seiner Fraktion zu der Vorlage, spricht aber namens einer Anzahl Stadtverordneten der Südstadt den dringenden Wunsch aus, daß das Projekt der Ruppurrerstraße baldmöglichst vorgelegt werde. Die Interessen der Südstadt seien jahrelang von Seiten der Stadt vernachlässigt worden. — Stadtv. Grund spricht auch die Erwartung auf baldige Erledigung der Wünsche der Südstadt und Darländens aus.

Stadtv. Kaffetter

spricht sich gegen die Vorlage aus. Die Genehmigung der Vorlage durch die Vorortvertreter würde einen Konflikt zwischen ihnen und der Einwohnerschaft von Darländern heraufbeschwören. Die Drohung, welche man in einer der letzten Sitzungen (bei dem Waldkirch-Projekt) gegen den Oberbürgermeister ausgesprochen hat, daß keine weiteren Linien genehmigt werden, bis die Vorortbahnen und die der Südstadt geregelt

Denken Sie an Ihre Kleidung

Doppelte Rabatt-Marken!

Während des
Saison-Räumungs-Verkaufes
günstigste Einkaufsgelegenheit

für Ferien und Reise

Herren-Sacco-Anzüge

in Serien eingeteilt
jetzt: Mark 19⁵⁰ 23⁰⁰ 29⁵⁰ 36⁰⁰ 45⁰⁰ 53⁰⁰

Ein Posten
Rock-Jackett-Anzüge
früher bis 80.00 jetzt **38⁰⁰**

Hochsommer-Kleidung

besonders billig.

4 Serien	3 Serien
Paletots	Ulster
19 ⁰⁰ 26 ⁰⁰ 34 ⁰⁰ 42 ⁰⁰	26 ⁰⁰ 36 ⁰⁰ 42 ⁰⁰

Gummi-Mäntel, Bozener Mäntel
Pelerinen, Sport-Anzüge

Spiegel & Wels

Bekanntmachung.

Die Herstellung der Südbendstraße zwischen Karl- und Hirschstraße betreffend.

Aufgrund des § 22 des Ortsstrahengesetzes und § 7 der Verordnung vom 19. Dezember 1908, den Vollzug des Ortsstrahengesetzes betreffend, soll ein Gemeindebeschluss folgenden Inhalts erlassen werden:

Die Eigentümer der an die Südbendstraße zwischen Karl- und Hirschstraße angrenzenden Grundstücke haben der Stadt die Straßenkosten zu erlegen.

Es finden die „allgemeinen Grundsätze über den Bezug der Eigentümer von Grundstücken zu den Straßenkosten nach § 22 des Ortsstrahengesetzes“ (Beschluss des Bürgerausschusses vom 21. Juni 1909) mit der Maßgabe Anwendung, daß auch hinsichtlich der unbebauten Grundstücke die Beiträge fällig werden, sobald die Ortsstraße benutzbar hergestellt ist.

Ein Kostenveranschlag, die Liste der beitragspflichtigen Grundeigentümer, aus der die Größe der Grundstücke sowie das Maß ihrer an die Straße stoßenden Grenzen zu ersehen ist, eine Kopie des Straßenplans, sowie ein Abdruck der erwähnten „Grundsätze über den Bezug der Eigentümer von Grundstücken zu den Straßenkosten“ liegen bis zum 11. August 1913 auf dem Rathause — Tiefbauamt — zur Einsicht auf. Einwendungen gegen den beabsichtigten Gemeindebeschluss wären bei Ausschlußvermeidung bis zum 14. August 1913 anher geltend zu machen.

Zur Abstimmung darüber, ob die Beiträge auch hinsichtlich der unbebauten Grundstücke sofort nach der Straßenherstellung fällig sein sollen, wird gemäß § 22, Absatz 2 des Ortsstrahengesetzes Tagfahrt anberaumt auf den

11. August 1913, nachmittags 5 Uhr,
in den Sitzungssaal des Stadtrats, zu der die Beteiligten hiermit geladen werden.

Bei der Abstimmung werden Richterstimmen und Nichtabstimmende als zustimmend gezählt.

Karlsruhe, den 25. Juli 1913.

Der Stadtrat.
Dr. Horstmann. Reubed.

Suche zum baldigsten Eintritt einen jüngeren

Nähmaschinen-Schlosser
zum reparieren von Lang- und Rundschiffmaschinen. Anfangsgehalt M. 30.— pro Woche.

Gustav Bogt,
Nähmaschinen-Fabriklager,
Heilbronn.

Wie gewohnt

kamen auch aus der Offenburger Pferde-Lotterie wieder mehr Haupttreffer in meine Kollekte als in der Geldlotterie Blindenheim und zwar der Vierte mit M. 1000.— und drei weitere große Gewinne sowie viele kleinere die sofort ausbezahlt werden. Nun empfehle **Neustädter** und **Zweibrücker** à 1.10, **Mosbacher**, **Kastatter**, **Engener**, **Konstanzer**, **Weinsberger**, **Kranzfurter** à 1.—, bei 10 Stück ein Preislos; **Rothenburger**, **Stuttgarter** à 8.—, **Münchener** à 2.—, bei mehr billiger

2422

Carl Götz

Hebelstraße 11/15 beim Rathaus.
Sehr billig abzugeben: mehrere dunkelblaue u. schwarze stoffm. Jackenkleider, Krinolinekleider, Damennäntel u. Paletots, Wolltüll u. Spitzenblusen in allen Farben und Größen, alles neu, gebe Kinderwäsche gut erhalten, für kleines Kind, schöne silberne Herrentaschenuhr 6 M. groß, fast neues, pol. Vertiko 40 M., großes Bild 2 M., Chiffonier, 4 Stühle, Nachttisch m. Marmor, Plüschdivan. **Aldersstraße 17,** eine Treppe hoch. 2425

Bilzig zu verkaufen: 2 aufgerichtete Betten, 2 Schränke zum Abhängen. **Veiertheim, Marie-Alexandrastraße 28,** Hinterhaus. 2421

Holzhandlung Joh. Kotterer,

Marienstr. 60 :: Teleph. 3222
empfiehlt alle Dimensionen
Bretter in Tannen, Fichten, Buchen, Eichen, Erlen,
Birnbäum sowie Holzbohlen, Stab Bretter, Verkleidungen,
Rahmenfenster, Latten usw. roh und gehobelt. 2309

Zu verkaufen:

Betten 25 M., 1 dopp. Schrank
12 M., 1 Herd 10 M., Tisch,
Stühle, Lampen, Bildertafeln
4 Bettvorlege, 1 gr. Küchenschiff etc.
2333 **Brunnenstr. 5, part.**

Frau Pflüger

Steinstraße 16, 1. St.

Pfannkuch & Co

Frühes Obst.

Pfirsiche
zum Einmachen
Pfund 50 Pfg.
in Gittern Brutto für Netto

Pfund 42 Pfg.

Koch-Äpfel
Pfund 24 Pfg.

August-Äpfel
Pfund 20 Pfg.

Birnen
Pfund 28 Pfg.

Algier-Trauben
Pfund 50 Pfg.

Pfund 44 Pfg.

Tomaten
Pfund 15 Pfg.

Westindische Bananen
Pfund 40 Pfg.

Feinste **Imperial-Orangen**
Stück 8 u. 10 Pfg.

Pfannkuch & Co

Eine gut erhaltene vollständige
Kücheneinrichtung
mit Herd ist für 30 M. zu verkaufen.
Hardtstraße 40, 3. Stod.

Städt. Vierordtbad

Kohlensäurebäder und elegante
Wannenbäder.
I., II. und III. Klasse.
Für Herren und Damen
geöffnet von vormittags
7/8 bis abends 8 Uhr,
sowie Sonntags 7/8 bis
12 Uhr. Samstags eine
Stunde länger, auch über
Mittag geöffnet. 17

Getragene Herren-Anzüge

Wie Schuhe, Stiefel, Weis-
zeug läuft man am billigsten in
dem An- u. Verkaufsgeschäft
von
**Arnold Schay, Zähringer-
straße Nr. 38.**

Kaiser-Allee 60, 4. St., bei

R. Bürgler ist möbl. Zimmer
sofort oder auf 1. August zu verm.

Statt jeder besonderen Anzeige, Todes-Anzeige.

Gestern abend entschlief sanft nach kurzem,
schwerem Leiden meine geliebte Frau, unsere Mutter
und Schwiegertochter
Marie Braun, geb. Wimmer
im Alter von 86 Jahren.
Karlsruhe, den 26. Juli 1913.
Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:
Ludwig Braun nebst Sohn.
Die Beerdigung findet Montag, nachmittags 1/2 8 Uhr,
von der Friedhofkapelle aus statt.
Trauerhaus: Durlacherstrasse 89. 2427

Roks-Bestellung.

Das Gaswerk übernimmt die Lieferung von Roks an
hiesige Einwohner für die Zeit
vom 1. September 1913 bis 31. August 1914.
Bestellscheine sind im Verkaufsbureau Kaiserallee 11
und Schlachthausstraße Nr. 3 erhältlich; auf Verlangen
werden solche auch zugesandt.
Abonnementspreise:
Aufhoks per Zentner M. 1.20 ab Gaswerk
Stückhoks „ „ M. 1.10 „ „
Auf Wunsch wird der Roks, bei billigster Berechnung
der Fuhröhne, angeführt.
— Außer Abonnement kostet der Zentner 10 s mehr. —
Kleinverkauf
zu Tagespreisen — von einem halben Zentner ab — in
beiden Werken 1883
vormittags von 11 — 12 Uhr,
nachmittags von 1/2 4 — 1/2 5 „
Samstag vormittags von 8 — 1 „

Städt. Gaswerk Karlsruhe.

Sparsamkeit

bedeutet:
**die Bereitung eines gesunden
bekömmlichen Hausgetränkes**
(Apfelmost-Ersatz) aus
— dieser Marke —
Ein **Versuch**
überzeugt!
Zu haben in Drogen u.
Kolonialwarenhandlg.



Ettlingen.

Restauration zum alten Fritz
Ecke Durlacher- und Duttentkreuzstraße
: vis-à-vis der neuen Unteroffizierschule. :
Neu erbaute schöne Lokalitäten am Plage — Ausschank
von ff. Duttentkreuzbier — hausgemachte Würstchen.
Inh.: **D. Weisenburger,**
früher „Gasthof z. Sonne“.

Zahn-Atelier Heinrich Bohner

Künstliche Zähne, Plombieren
Schmerzloses Zahnziehen. ::
DURLACH, Leopoldstrasse 3
vis à vis der Kaserne. 1846

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe.

Geburten vom 18. bis 22. Juli. Hildegard Elisabeth,
Vater Dr. Jul. Rosenstein, prakt. Arzt. Robert Wilhelm Otto,
Vater Friedr. Etrad, Bauleitend. Margarete Luise Magdalene,
Vater Anton Schindler, Schreiner. Elia Anna, Vater Phil.
Ganz, Schieferdecker. Werner Karl Erich, Vater Dr. Rud. Staab,
Handelslehrer. Hilda, Vater Wilh. Wilmayer, Maschinenformer.
Marie Sofie, Vater Ernst Müller Kaufmann. Friedrich, Vater
Andr. Ehler, Bahnarbeiter.
Todesfall vom 24. Juli. Wilhelmine, alt 5 Tage, Vater
Richard Schwegler, Bautechniker.

Standesbuchauszüge der Stadt Durlach.

Geburten vom 13. bis 19. Juli. Heinrich Wilhelm, V.
Karl Friedrich Wadenhut, Rutscher. Walter Emil, V. Johann
Emil Hoffmann, Schreiner. Paul Wilhelm Max, V. Paul Wil-
helm Dorn, Sergeant.
Eheschließung vom 19. Juli. Karl Weingartner, Bahn-
arbeiter, und Lina Schumacher, beide von Wöflingen.
Gestorben am 17. Juli. August Straußmann, Wächsen-
macher. Chemann, 73 1/2 Jahre alt